

Österreich**Kranke Kassen: Schüssel will Kranke zahlen lassen**

"Wer kostet, soll zahlen", so lautet das neoliberalen Motto von Wolfgang Schüssel.

Unbeantwortet bleibt wie so oft die Frage, wer die Krise des Gesundheitssystems eigentlich verursacht hat. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft**Veloce: Atypische kämpfen ganz typisch**

Der Streik der FahrradbotInnen bei Veloce in Wien zeigt deutlich, dass immer mehr ArbeitnehmerInnen das Kampfmittel des Streiks wiederentdecken.

Ein Interview mit einem der Streikenden. SEITE 3

Schwerpunkt**Sozialdemokratie: Der Tod einer Partei**

Ob Schröder oder Blair: Noch nie war die Sozialdemokratie so weit von ihren Wurzeln entfernt wie heute. Ist Gusenbauer besser? Gibt es eine Chance, die Partei zurückzugewinnen? SEITEN 4/5

Internationales**Irak: Massenaufstände gegen die Besatzung**

Der Spiegel titelte vor kurzem: "Bushs Vietnam". Die Lage am Euphrat und Tigris spitzt sich zu. Tägliche Attentate, bewaffnete Aufstände und Geiselnahmen setzen der Weltmacht gehörig zu. SEITE 7

EU: 30 Millionen arbeitslos!

FPÖ hetzt - EU sieht zu

Massenarbeitslosigkeit gehört zur Normalität im neuen Europa:

2004 wird jede/r vierte Arbeitnehmer/in in Österreich zumindest einmal auf Jobsuche sein. Offiziell waren im März dieses Jahres 310.000 Personen arbeitslos. In der gesamten EU sind nach dem 1. Mai mindestens 30 Millionen Menschen ohne Beschäftigung.

Von John Evers, SLP-Wien Nord

JUGEND OHNE PERSPEKTIVE

13.563 Jugendliche bräuchten im Moment laut Arbeiterkammer eine Lehrstelle – bei 2.463 offenen Lehrplätzen. Minister Bartenstein will das Problem mit sogenannten "Lehrstellenakquisiteuren" und einem eigenen Regierungsbeauftragten lösen. Diese sollen gemeinsam zur "besseren Vermittlung von Lehrlingen in Unternehmen" dienen. Doch während es durch Steuererleichterungen und Subventionen noch niemals so billig war, Lehrlinge einzustellen, fallen immer mehr junge Menschen in die Armutsfälle. Inzwischen kann etwa jede siebente Frau unter 30 von ihrem Einkommen nicht mehr leben.

AM BEISPIEL POST: WOHER KOMMT DIE ARBEITSLOSIGKEIT?

Eintausend Beschäftigte will die Post 2004 abbauen – trotz einer Vervierfachung des Betriebsergebnisses im Jahr 2003. Seit 1999 hat dieses Unternehmen damit fast ein Viertel des Personalstands reduziert, dutzende Postämter geschlossen und auch das Porto kräftig erhöht. Ein kleines Beispiel dafür, dass die höchsten Arbeitslosenzahlen seit den 30er Jahren nicht vom Himmel fallen. Sie sind die Folge der kapitalistischen Krise, aber auch von Privatisierungs- und Kahlschlagspolitik im öffentlichen Dienst.

IMMER MEHR GANZ PREKÄR!

Über 220.000 Menschen sind in Österreich nur mehr "geringfügig" angestellt – eine rasch wachsende Beschäftigengruppe. Zehntausende "Neue Unternehmer" – die freien DienstnehmerInnen – verdienen im Schnitt 903,88 Euro im Monat, bzw. 7,73 Euro in der Stunde. Dies beinhaltet aller-



...und Schüssel schweigt!

dings keine Arbeitslosenversicherung und keine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Der Druck, trotzdem jede Stelle anzunehmen, ist enorm: Denn nur rund jede R fünte freie DienstnehmerIn ist dies freiwillig, 70 % der KollegInnen sehen Probleme bei der sozialen Absicherung. Besonders betroffen sind Frauen: Seit 1997 nahm der Anteil an prekären Beschäftigungsverhältnissen bei Frauen um rund die Hälfte zu (Zum ersten Streik gegen die grenzenlose Ausbeutung freier DienstnehmerInnen siehe S. 3).

BRUTALE HÄRTE GEGEN BETROFFENE

Jede zweite beim AMS gemeldete offene Stelle fällt in die Kategorie Teilzeit oder "projektbezogenes Dienstverhältnis". Doch wer als Arbeitslose/r nicht bereit ist, dauerhaftem Lohnverlust und fehlender sozialer Absicherung zuzustim-

men, wird zunehmend brutal bestraft. Rund 13.500 mal wurde im letzten Jahr arbeitslosen KollegInnen das Arbeitslosengeld gesperrt. Die Zeitung "Arbeit und Wirtschaft" schätzt, dass rund 60.000 ArbeitnehmerInnen pro Jahr von Sanktionen betroffen sind.

FPÖ HETZT – SCHÜSSEL SCHWEIGT LIEBER

Ende April präsentierte die FPÖ ihr "5 Punkte Programm", in dem noch schärfere Sanktionen gegen Arbeitslose gefordert werden. Generalsekretärin Bleckmann "verwies in diesem Zusammenhang auf die gehäuften Beschwerden von Unternehmern, dass viele Arbeitslose die Arbeitssuche nicht ernst nähmen: Arbeitsuchende kämen nur zu Einstellungsgesprächen um den Stempel für das AMS abzuholen." Schüssel schweigt zwar

zur Massenarbeitslosigkeit und solcher Hetze gegen die Steigerung der Produktivität

Betroffenen. Allerdings wird die - schon im Regierungsbereich festgehaltene - Abschaffung der Notstandshilfe schrittweise umgesetzt. Jeder achte Antrag auf Notstandshilfe wurde 2003 abgelehnt (85 Prozent davon waren Frauen). Gleichzeitig ist die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in den vier Jahren Schwarz-Blau um 76 Prozent explodiert. Bilder wie in der Zwischenkriegszeit zeichnen sich ab: Ein wachsendes Heer von Arbeitslosen ohne jeden Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

EU: PROJEKT OHNE HOFFNUNG FÜR ARBEITSLOSE

Sowohl den 20 Millionen Arbeitslosen im "alten" EU-Raum, wie den mindestens 10 Millionen ohne Job in den neuen EU-Staaten, bietet sich nach der Osterweiterung die gleiche Perspektive: "Die fortgesetzte Steigerung der Produktivität

wird meist von einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen begleitet" (Kurier 27.2.04). Die EU war immer ein neoliberales Projekt, welches die Förderung von Wettbewerb als das zentrale Mittel zur Schaffung von Beschäftigung vorsieht. Real werden so KollegInnen in Ost und West in einen Krieg um Standorte gehetzt, von dem einzige die Kapitalseite durch niedrige Löhne und Abgaben profitiert. Genau hier liegt auch der Nährboden, auf dem Nationalisten und Rechtsextremisten ihre Propaganda ausbreiten können.

GEMEINSAMER WIDERSTAND JETZT!

Schüssel und EU schweigen und schauen zu, weil sie keine Antwort für jene 800.000 Menschen haben, die heuer alleine in Österreich einen Job suchen. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist tatsächlich eine Frage, die von den Gewerkschaften und der ArbeiterInnenbewegung alleine auf internationaler Ebene gelöst werden kann. Der gemeinsame Kampf für die 30 Stundwoche bei vollem Lohn, europaweite Mindestlöhne und Kollektivverträge wäre ein erster Schritt (mehr zu Hintergrund und Alternativen auf S. 2).

TERMIN

21. Mai 2004, 18³⁰ Uhr; Wien

DISKUSSION:
Kein zurück in die 30er Jahre!
Arbeitslosigkeit, Krise und die sozialistische Antwort

SLP Wien Nord im "Peer Gynt",
Wien 20, Jägerstr. 38

erreichbar mit U6 Jägerstrasse,
U4 Friedensbrücke bzw. 5 & 33

Der Standpunkt

Nachbetrachtung einer Wahl ohne Auswahl

von Sonja Grusch

Mit knapp 70 Prozent ist die Wahlbeteiligung bei den Bundespräsidentenwahlen auf einen neuen Tiefstand gefallen.

Gerade einmal 16.922 Menschen mehr waren es, die Fischer wählten, als jene, die nicht zur Wahl gingen oder ungültig wählten. Die Differenz zwischen den beiden KandidatInnen lag mit 198.087 nur sehr knapp über jenen 181.647, die ein bewusstes Zeichen setzten und ungültig stimmten. Nicht nur, dass eine linke, sozialistische Kandidatur hier sicher aus dem Vollen hätte schöpfen können; viele ArbeitnehmerInnen und Jugendliche lehnen offensichtlich auch zunehmend das Amt eines entrückten, scheinbar über den Klassen stehenden Krisenmanagers ab. Das ist bemerkenswert – gerade in Zeiten zunehmender sozialer und politischer Polarisation.

Fürchten muss sich die Bundesregierung angesichts des Sieges von Fischer nicht. Er hat in seinem gesamten Wahlkampf kein einziges Zeichen gesetzt, aus dem man schließen könnte, dass er Schüssel und Co. ernsthafte Schwierigkeiten machen würde. Selbst eine Angelobung von Haider würde Fischer mit "neutraler Miene" vornehmen.

Trotzdem war es auch eine weitere Denkzettelwahl für die Regierung. Vom historischen Sieg des angeblich schwarzen Österreichs blieb einmal mehr wenig übrig. Die ÖVP verlor diesmal 31% ihrer WählerInnen von 2002. Zur SPÖ ging davon allerdings nur eine kleine Minderheit, die Mehrheit wechselte frustriert zu den NichtwählerInnen. Insgesamt ist das - doch recht knappe - Ergebnis für Fischer, vor dem Hintergrund der katastrophalen Bilanz von Schwarz-Blau kritisch zu betrachten. Ein echter Sieg, der Aufwind für den parteiintern angeschlagenen Gusenbauer bringen wird, war das jedenfalls nicht.

Wir meinen: Wer sich in kommenden Kämpfen gegen die Zerschlagung des Sozialstaates Unterstützung von Fischer (oder gar von der SPÖ-Spitze) erwartet, wird enttäuscht werden. Für eine politische Veränderung brauchen wir eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche mit einem sozialistischen Programm, die diese Kämpfe anführt.

e-mail: sonja@slp.at

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP)
Sitz der Redaktion: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11; Chefredaktion: John Evers
Druck: Druckerei Fiona, Wien;
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733
DVR: 0820202

Kranke Kassen? Gesundheit ist keine Ware!

"Wer kostet, soll zahlen" – Wolfgang Schüssels Vorstellung vom gerechten Gesundheitssystem

Von Laura Rafetseder,
SLP-Wien Mitte



Die Unternehmen schulden den Krankenkassen hunderte Millionen. Die Zeche zahlen sollen die ArbeitnehmerInnen.

Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle sei nicht mehr finanziell tragbar. Das wollen uns ÖVP, FPÖ und Vertreter der Wirtschaft weismachen. Auch die SPÖ beteiligt sich in Ländern und Gemeinden an den Kürzungen: Das Hanusch Krankenhaus dürfte im Falle einer Übergabe von der Gebietskrankenkasse an die Gemeinde Wien geschlossen werden. Das Krankenhaus Amstetten soll von der Gemeinde (SPÖ) an das Land NÖ übergeben werden. PersonalvertreterInnen befürchten in diesem Falle Einbußen im Einkommen des Personals, sowie Personalabbau von bis zu 30 %.

WARUM SIND DIE KASSEN LEER?

Nicht weil wir immer älter werden – es ist ja gut, wenn die Lebenserwartung steigt – sind die Kassen leer. Sondern, weil der Kapitalismus in der Krise steckt. Die Unternehmer brauchen neue Einnahmequellen (private Versicherungen) und machen Druck, die "Lohnnebenkosten" zu senken. Das heißt, auch die Kosten für das Sozialsystem mit allen Mitteln auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. Die Schulden der ArbeitgeberInnen bei den Krankenkassen betragen im Jahr 2003 897,2 Millionen Euro - Tendenz steigend. 405 Millionen davon, also knapp die Hälfte, stammen aus Beiträgen, die den ArbeitnehmerInnen

zwar monatlich abgezogen wurden, die aber bei den Krankenkassen nicht eingelangt sind. Allein in Wien betragen die Arbeitgeberschulden bereits 328,8 Mio. Euro.

Zum Vergleich: die Wiener Gebietskrankenkasse ist nach Angaben des Hauptverbands

mit 110 Millionen Euro im Minus. Die angebliche Unfinanzierbarkeit des Gesundheitssystems ist eine Lüge.

ZERSCHLAGUNG DES SOZIALSYSTEMS

Das "Wirtschaftsforum der Führungskräfte" empfiehlt in einer Aussendung an Gesundheitsministerin Rauch-Kallat gleich die vollständige Privatisierung von Spitätern und Kassen, sowie Schließungen von kleineren Spitätern und deren Umwidmung in Pflegeheime. Das Regierungsprogramm geht in genau diese Richtung: Beitragserhöhung

in Form von "Versicherungsbeiträgen für Nicht-Arbeitsunfälle" (+ 0,1 %) - Einführung von Selbstbehalten, Leistungskürzungen. 6000 Akutbetten sollen "abgebaut" und der Anteil der rezeptfreien Medikamente erhöht werden. Ein Vorgeschnack auf das, was uns bevorsteht, ist die Ablehnung des Wiener Kas-

senvertrags durch die wirtschaftsnahen ÖVP-Vertreter im Hauptverband. Sollte es bis September 2004 zu keiner Einigung kommen, droht den WGKK-PatientInnen ein "vertragsloser Zustand". Das heißt brutale 2-Klassen-Medizin: Bis zu 50 % Selbstbehalt bei allen medizinischen Leistungen - ohne soziale Staffelung.

Neoliberalismus: Mein Job ist weg!

Am 31. März 2004 verloren ca. 30 ArbeitnehmerInnen, die im Landeskrankenhaus Salzburg beschäftigt waren, ihre Arbeitsplätze. Die Gründe dafür sind einerseits natürlich wieder einmal Sparmaßnahmen, andererseits soll es sich dabei um eine "Anpassung an EU-Richtlinien" handeln. Die beiden Küchen müssen zusammengelegt, ca. 30 Küchenangestellte müssen deshalb umgeschult werden.

Diese Arbeitsplätze gehen auf dem Konto der Fremdfirma verloren, unter anderem meiner. Die neoliberalen Politik unserer Regierung macht solche massiven Angriffe auf ArbeitnehmerInnen erst möglich. Ich möchte alle Betroffenen aufrufen, gegen diese Entwicklung einzutreten. Der Kapitalismus hat keine Lösungen für unsere Probleme. Alle ArbeitnehmerInnen sind aufgerufen, selbst aktiv und engagiert für eine sozialistische Alternative zu kämpfen!

Angie, Salzburg

SOZIALISTISCHES GEGENPROGRAMM

Ein Gegenprogramm müsste ein definitives Nein zu Privatisierungs-, Kürzungs- und Sparpolitik beinhalten. Verschlechterungen müssen durch entschiedene Kampfmaßnahmen von Seiten der Gewerkschaft zurückgeschlagen, Krankenhauscließen und ähnliches durch Mobilisierung aller Betroffenen verhindert werden. Gerade im Gesundheitsbereich sind die Beschäftigten mit massiver Antistreikpropaganda konfrontiert – eventuelle Streiks gingen ja zu Lasten der PatientInnen. Wird diese Argumentation hingenommen, müssen die Beschäftigten immer miesere Arbeitsbedingungen akzeptieren, ohne sich wehren zu können. Die Regierung behauptet, das Gesundheitssystem sei nicht "kostendeckend" – warum erhöht sie dann nicht die Arbeitgeberbeiträge?

Wir meinen: Wenn es unmöglich ist, optimale Gesundheitsversorgung aller unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen, dann ist ein Bruch mit dem kapitalistischen System nötig! In einer wirklich sozialistischen Gesellschaft besteht der "Profit" in der Gesundheit der Bevölkerung.

TERMIN

27. Mai, Wien

DISKUSSION: Kranke Kassen?
SLP Wien Mitte, 19⁰⁰ Uhr
Amerlinghaus, Wien 7, Stiftg. 8

Arbeitslosigkeit & Sozialabbau ohne Ende?

Kein Ende der Wirtschaftskrise in Sicht / Druck auf ArbeitnehmerInnen steigt

Von John Evers,
SLP Wien Nord

digkeiten. Der Kampf um die knappen Förderungstöpfe ist bereits voll entbrannt.

LANGFRISTIGE KRISE

Impulse für die Weltwirtschaft und Europa erhoffen IWF und EU von einem starken US-Wachstum. Doch tatsächlich verringern nicht nur der starke Euro und sinkende US-Reallöhne die Chancen für die exportorientierte europäische Wirtschaft. Rekorddefizit und -schulden weisen auch in den USA auf fundamentale Probleme hin. Gegenüber der langen Wachstumsperiode der 50er und 60er Jahre befindet sich der Kapitalismus weltweit seit den 70er Jahren in einer Niedergangsphase. Vor allem in Europa waren die letzten Jahrzehnte eine Periode der Deindustrialisierung, Phasen der wirtschaftlichen Erholung blieben stets "jobless growths" (Aufschwünge ohne merkliche Erholung bei den Arbeitslosenzahlen). Die stark belasteten sozialen Netze wurden immer weitmaschiger und zu Wettbewerbshindernissen im Standortwettbewerb erklärt.

EU: DROHT NACH DER ERWEITERUNG DER ZERFAß?

Gerade in wirtschaftlich "schlechten" Zeiten zeigt sich schnell, dass Europa auf kapitalistischer Grundlage niemals vereinigt werden wird. Der Stabilitätspakt ist bereits tot: Deutschland und Frankreich üben sich in Alleingängen. Ein Referendum könnte noch heuer zum Austritt Britanniens aus der EU führen. Auch der Erweiterungsprozess bedeutet in der Realität keine Integration, sondern ein Europa der vielen Geschwin-

... UND LÖSUNGSMODELLE

Neolibrale Ideologen vertreten unter diesen Vorzeichen am besten die Interessen des Kapitals: Sie meinen, durch ungebremsten Wettbewerb und die Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme die Arbeitskosten soweit senken zu müssen, bis es sich irgendwann wieder lohnt, zu investieren. Der Aufschwung würde dann quasi von selbst einsetzen. Sogenannte "keynesianische" Strategien – wie sie auch Organisationen wie ATTAC vertreten – glauben demgegenüber, mit gezielten (steuer)politischen Maßnahmen krisenhafte "Auswüchse" im Kapitalismus beseitigen zu können. Die SLP vertritt den Standpunkt, dass Arbeitslosigkeit und Sozialabbau Ausdruck der Krise sind. Diese Krisen sind weder Naturkatastrophen, noch können sie durch ein paar Maßnahmen verhindert werden. Sie liegen im System. Effizienter Widerstand braucht deshalb auch die Perspektive einer wirklich krisenfreien Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – den Sozialismus.



ArbeitnehmerInnen dürfen "für den Aufschwung" immer härter arbeiten, davon haben Sie aber nichts. Die Profite streichen die Unternehmer ein.

AK-Wahl in Wien: GLB wählen!

In Wien finden vom 2. bis zum 14. Mai 2004 Wahlen zur Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer statt.

Die SLP kandidiert auf der Liste des Gewerkschaftlichen Linksblocks-GLB. Wir rufen alle KollegInnen auf, den GLB zu wählen. Sollte der GLB ein 2. Mandat in der Wiener AK erreichen, wird dieses Mandat für ein Jahr von einem/einer SLP-KandidatIn wahrgenommen. Die SLP hat sich ihre Entscheidung, für den GLB zu kandidieren, nicht leicht gemacht. Unter anderem, weil der GLB sich bis zum Schluss zu keinem einheitlichen Wahlprogramm durchringen konnte. Die SLP hat ihren Programmvorschlag für den GLB, gemeinsam mir einer Erklärung warum wir für den GLB kandidieren, als eigenes Programm herausgebracht. Nähere Hinweise zu unserem Programm auf unserer Homepage www.slp.at

“Die KollegInnen fühlen sich verraten”

Anlässlich der Urabstimmung unter den EisenbahnerInnen führte Sonja Grusch ein Interview mit einem Kollegen der ÖBB (Name der Redaktion bekannt), der am Westbahnhof arbeitet.

VORWÄRTS: Wie schätzt Du das Verhandlungsergebnis ein?

K: Das Ergebnis ist schlecht, das sind nur Punkte, die den Regierungsverhandlern entgegenkommen. Das Sozialsystem für die EisenbahnerInnen wird zerstört – wenn KollegInnen viele Wochen aufgrund von Berufsunfällen und -erkrankungen nicht arbeiten können, kriegen sie künftig weniger Geld. Die Arbeitszeitregelungen kommen in der Urabstimmung überhaupt nicht vor, obwohl das ein ganz wichtiger Teil der Verhandlungen ist – das hätte auch abgestimmt werden sollen.

VORWÄRTS: Haberzettl versucht darzustellen, dass die Übernahme des Angestellten- und des Arbeitszeitgesetzes für die EisenbahnerInnen sogar Verbesserungen bedeuten würden. Wie siehst Du das?

K: Das ist eine Beruhigungstaktik. Tatsächlich wird es keine Verbesserungen bringen – wo sollen die 100 Milliarden Einsparungen, denen die Gewerkschaft zugestimmt hat, herkommen? Es wird zu weiterem Personalabbau kommen – die Leute werden in eine Personalleasinggesellschaft überstellt und von dort werden sie herausgemietet. Wer nicht gemietet wird, ist unbrauchbar und wird abgebaut. Die Zukunft dieser Menschen ist der Regierung völlig egal.

VORWÄRTS: Bist Du mit der Arbeit der GdE zufrieden?

K: Ich habe viel mit KollegInnen diskutiert – viele sind frustriert, weil sie sich durch den Abbruch des letzten Streiks verraten fühlen. Sie waren bereit,



Die KollegInnen bei den ÖBB fühlen sich von ÖGB und GdE alleingelassen.

weiter zu streiken. Noch 3-4 Tage, gemeinsam mit der AUA und den Verkehrsbetrieben, dann hätte Schüssel nachgeben müssen – wir sollten die KollegInnen nicht unterschätzen! Die Unterstützung, die ich während des Streiks von Nicht-EisenbahnerInnen erfahren habe, hat mich selbst überrascht. Nur die Medien haben das falsch dargestellt. Was im Streik ein Problem war, war die Information vor Ort. Das lag aber nicht an der Personalvertretung vor Ort, sondern das Problem liegt in der GdE-Zentrale. Ich habe in der Gewerkschaft schon vor langem meine Mitarbeit angeboten, aber ich bin wohl zu kritisch – ich habe nicht einmal eine Antwort bekommen. Dass die GdE-Führung jetzt etwas Widerstand organisiert – nachdem sie in der Vergangenheit ja vielen Verschlechterungen zugestimmt hat – liegt weniger daran, dass sie wirklich unsere Interessen vertreten will, sondern weil sie Angst um ihre eigenen Posten hat.

TERMIN

7. Mai 2004, 19⁰⁰ Uhr, Wien

DISKUSSION: “Bilanz des ÖBB-Streiks & Wie weiter?”

Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

Peer Gynt, Wien 20, Jägerstr. 20

erreichbar mit U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke bzw. 5, 33

Erster Streik der Atypischen! Alle Räder stehen still...

“Angebot” der Geschäftsführung ist, dass wir bis Dezember auf das Geld verzichten und dann vielleicht eine minimale Erhöhung möglich ist, wenn die Aufträge um 10% zunehmen. Dem haben wir in der FahrerInnenversammlung nicht zustimmen können. Wir könnten uns sogar vorstellen, einen “zinslosen Kredit” bis Juli zu gewähren, dann allerdings mit Rückzahlung! Eine 10%ige Erhöhung der Aufträge ist zwar nicht unmöglich aber so gut wie unwahrscheinlich, weil jetzt der erfahrungsgemäß umsatz-

FAKten & HINTERGRÜNDE

Bei rund 35 Stunden pro Woche kommt eine FahrerIn, ohne Urlaub zu nehmen, vor Abzug der Steuern im Laufe eines Jahres auf durchschnittlich ca. 1000,- Euro / Monat (12x). Mehrere hundert Euro müssen für die Erhaltung des Rades bezahlt werden, es gibt kein Geld im Krankheitsfall, keinen bezahlten Urlaub und keine Arbeitslosenversicherung.

Unser Standpunkt zur Lage bei den ÖBB

Von Michael Gehmacher, SLP-Gewerkschaftssprecher

Die EisenbahnerInnen haben einen harten Arbeitskampf hinter sich. Nach einer kurzen Verschnaufpause zur Jahreswende, wurde um die Urabstimmung noch einmal die Erinnerung an den November 2003 wach. Viele EisenbahnerInnen sind einerseits frustriert und verunsichert, andererseits aber grundsätzlich bereit, wieder in einen Arbeitskampf zu gehen. Das zeigt sich im Urabstimmungsergebnis und geht auch aus dem obigen Interview hervor. Streik ist kein Lichtschalter, den die Gewerkschaftsführung einfach betätigen kann. Streik ist ein politischer Prozess – die KollegInnen riskieren viel und müssen daher wissen, wie und wofür gestreikt werden soll. Diese Situation verlangt nach einer klaren Strategie. Richtig wäre es gewesen, Anfang Mai über ein konkretes Endergebnis abzustimmen und bei einer Ablehnung mit Streik zu bekämpfen. Dazu gehört die Frage, wie heute ein Streik gewonnen werden könnte. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, in der die SLP mitarbeitet, meint in einem Flugblatt zur Urabstimmung: “Möglichst viele KollegInnen in allen Dienststellen sollen in Streik - und Aktionskomitees eingebunden sein. Sie sollen Aktionen vor Ort planen und umsetzen.” Zu einem Streik gehört vor allem, aktiv aus dem Betrieb auf die Straße zu gehen um den Streik sichtbar zu machen. Dazu kommt Solidarität und die Vernetzung mit anderen Branchen. In vielen Bereichen will die Regierung sparen. Mit Solidaritätsstreiks wäre daher allen gedient!

Streik nichts leichtes, aber alle wissen, worum es geht. Veloce ist eine riesige Firma, der Geschäftsführer versucht zwar auf große Familie und Öko zu machen, aber der Geschäftsführer schrammt sicher nicht am Existenzminimum entlang. Die Solidarität aus anderen Bereichen ist wichtig für uns – wir haben die volle Unterstützung von der GPA, und erhalten Soli-Schreiben von AUA, Postbus, EisenbahnerInnen, auch von einer Kindergärtnerin. Wir sind ja die ersten „Atypischen“ Streikenden in Österreich. Es ist gut zu wissen, dass im Endeffekt vielleicht auch andere davon profitieren werden, es geht da nicht nur um uns.

Soli-Spenden:
Kulturinitiative Wiener Angestellte, BLZ 14.000, Kto-Nr. 01010811968
KW: Veloce-Streik
Solimails: tongakuba@hotmail.com

Ihr da oben ...

Gesundheitsreform

Eine Drohung lässt der Vizepräsident des Verwaltungsrats der Sozialversicherungen Martin Gleitsmann (ÖVP) – einer der Hauptschuldigen am noch vertragslosen Zustand – ertönen. Bei der “Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen bis 2006” dürfen “keine weiteren Belastungen zu Lasten der Pharmawirtschaft erfolgen”, betont Gleitsmann in einem öffentlichen Schreiben. Das heißt, die geplante Gesundheitsreform wird wieder einmal auf Kosten der ArbeitnehmerInnen finanziert. Interessant in dem Zusammenhang ist auch die Aufteilung der Versicherungsbeiträge: 88% werden vom Versicherten aufgebracht und nur 12% vom Arbeitgeber. Das bedeutet, dass im Fall einer Beitragserhöhung ArbeitnehmerInnen zur Kasse gebeten werden und nicht die Unternehmen.

Mieterhöhung in Neubauten

Finanzminister Grasser will die Wohnbauförderung senken. Berechnungen der Arbeiterkammer zeigen, dass sich die Mieten in den nächsten Jahren zum Teil verdoppeln könnten. Durch die geringeren Investitionen würden sich die jährlichen Fertigstellungen um rund 6 000 Wohnungen reduzieren. Darüber hinaus gingen 14 000 Jobs in der Baubranche verloren.

Europameister beim Sozialabbau

Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) gibt bekannt: Österreich sei in Europa bei der Budgetkonsolidierung führend. Obwohl die Verschuldung mit 64,5 Prozent des BIP (2004) hoch bleibe, sei der Turnaround seit 1998 (also unter der großen Koalition!), als Österreich noch das höchste Defizit unter den EU-Ländern hatte, bemerkenswert. Nach einer aktuellen EU-Umfragen (in Österreich bei 1500 Haushalten) geht die Mehrheit der KonsumentInnen demgegenüber davon aus, dass ihre finanzielle Situation in zwölf Monaten schlechter sein werde als derzeit. Standard 12.2.04

Industriellenvereinigung

In einem neuen Folder jubelt die Gegenseite über: Senkung der Körperschaftssteuer auf 25 Prozent, 25 Millionen Euro Steuererleichterungen für Versicherungen, besondere Entlastungen für energieintensive Unternehmen. Auch neue Vorhaben und Ziele werden beschrieben. Ein Blick auf die homepage lohnt sich für alle aktiven GewerkschafterInnen ...

http://www.iv-newsroom.at/upload_pub/file_276.pdf

... wir da unten!

SPÖ & Gusenbauer: Der Letzte dreht das Licht ab!

So starb eine Partei

Gabi Burgstaller in Salzburg, Rudi Anschober (Grüne) in Oberösterreich, Ambrozy in Kärnten, SPD und Grüne in Deutschland, Tony Blair in Britannien: Sie alle stehen für eine brutale Kürzungspolitik.

Von Albert Kropf, SLP Wien Mitte

Europaweit hat die Sozialdemokratie - dort wo sie in den letzten zehn Jahren an der Regierung war - bewiesen, dass sie kein „kleineres Übel“ gegenüber den traditionellen bürgerlichen Parteien ist. In wesentlichen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik stehen sozialdemokratische (und grüne) Parteien nicht abseits des neoliberalen Mainstreams. In Österreich erweist sich die seit 2000 – vor allem von Regierung und Medien – propagierte Lagerbildung „Schwarz-Blau“ und „Rot-Grün“ als Seifenblase. Wenn es darum geht, an die Futtertröge der Macht zu kommen, kennen alle vier Parteien im Parlament inzwischen keine Lager mehr. Die Grünen waren nach den Landtagswahlen in Oberösterreich die Ersten, die das Eis brachen und mit der ÖVP „neue Wege“ gingen. Der Aufschrei innerhalb der „Basis“ war kaum zu vernehmen. Sehr schnell hat auch der angeblich linke Teil der Grünen mit der neuen Konstellation zu leben gelernt. Ähnliches gilt auch für die SPÖ, nachdem Gusenbauer und Ambrozy beschlossen hatten, Haider zum Landeshauptmann zu machen. Das offizielle Ende der sogenannten „Ausgrenzung“ der FPÖ ist der vorläufig Tiefpunkt der Entwicklung einer Partei, die vor 115 Jahren angetreten war, den Kapitalismus zu stürzen und eine sozialistische Welt zu erkämpfen.

DIE SOZIALEMOKRATIE ALS ARBEITERINNENMASSENPARTEI

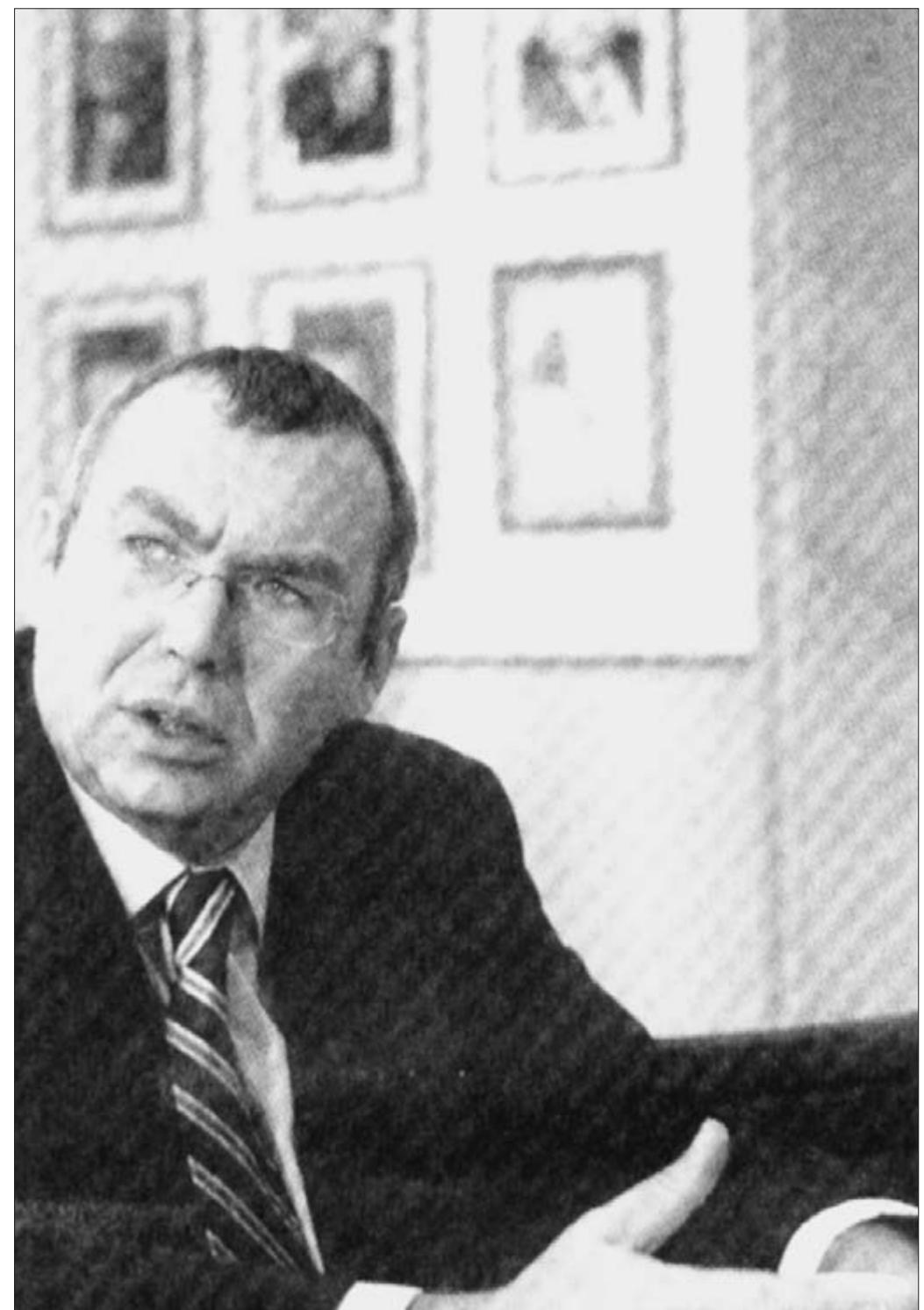
Eine wirklich sozialistische Partei war die Sozialdemokratie schon 25 Jahre nach ihrer Gründung 1889/90 nicht mehr. Nachdem die Parteführung immer stärker das Ziel einer sozialistischen Veränderung zugunsten einer Strategie der Integration in den Staat beiseite gelegt hatte, folgte bei Kriegsausbruch 1914 der Zusammenbruch. Nicht nur in Österreich nahmen große Teile der Sozialdemokratie eindeutig für den Nationalismus, für die eigene herrschende Klasse und gegen Solidarität und Internationalismus Stellung. Auch nach 1918 änderte die Sozialdemokratie ihre „reformistische“ Ausrichtung auf langfristige, langsame Verbesserungen nicht und grenzte sich von „revolutionären Experimenten“ radikal ab. In der polarisierten Realität der 20er und 30er Jahre lief dieser Ansatz auf eine zurückweichende Haltung gegenüber dem Faschismus hinaus. In den Jahren nach der Errichtung der Diktatur 1934 stellten zwar tausende junge AktivistInnen die Führungsrolle der traditionellen sozialdemokratischen Kräfte in der ArbeiterInnenschaft offensiv in Frage. Nach der Befreiung vom Faschismus währte die Chance für einen echten Neubeginn dann allerdings nur kurz: Der kalte Krieg und das Fehlen einer starken sozialistischen Alternative schufen die Basis dafür, dass die SPÖ (wieder) zu Masseneinfluss gelangte. Nach einem kurzen Zwischenspiel übernahm der rechte Parteiflügel in der SPÖ Anfang der 50er Jahre endgültig die Macht und arrangierte sich nun völlig mit der Kapitalseite. Der lange Wirtschaftsaufschwung schuf – im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit – die reale Basis für längerfristige Verbesserungen. Die Führung der Sozialdemokratie wurde auf dieser Grundlage völlig in den bürgerlichen Staat integriert. Trotzdem blieb die SPÖ noch über drei Jahrzehnte eine Partei, die nicht nur von der übergroßen Mehrheit der ArbeiterInnen gewählt wurde, sondern: Die Masse der Beschäftigten und Jugendlichen sahen in der SPÖ – im Unterschied zu heute (!) – auch „ihre“ Partei, mit der sie für Fortschritt und Verbesserungen

gen der Lebensbedingungen kämpfen konnten. Dabei war das „Herz“ der Partei ihre weit verzweigte Verankerung durch eine Vielzahl von Vorfeldorganisationen, wie SJ, FSG, Kinderfreund, Rote Falken, ASKÖ etc. Soziale Auseinandersetzungen, Konflikte und gesellschaftliche Diskussionen mussten sich innerhalb der Partei widerspiegeln. Trotz extrem bürokratischer Strukturen war damit ein relativ mächtiges Gegengewicht gegenüber der bürgerlichen Parteführung in der SPÖ vorhanden. Vor allem in den 70er Jahren wurde die Sozialdemokratie zum Brennpunkt der damaligen gesellschaftspolitischen Bewegung nach links. Nicht nur in Österreich, sondern in vielen europäischen Staaten waren sozialdemokratisch geführte Reformregierungen Ausdruck einer breiten Stimmung für „Veränderung“ in der ArbeiterInnenklasse, die sich in Wahlsiegen und Mitgliederzulauf für die Sozialdemokratie zeigte.

DIE VERBÜRGERTICHTUNG DER SOZIALEMOKRATIE

Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre markierten zwei Rezessionen das Ende des langen Nachkriegsaufschwungs. Damit war die Basis für die bisherige Reformpolitik der Sozialdemokratie nicht mehr gegeben. Zuvor war es noch verhältnismäßig leicht, auch nur mit der Androhung von Klassenkämpfen den Unternehmen das eine oder andere Stück vom Kuchen abzutrotzen. In Österreich war das die heute als „gol-

dene Zeit“ verklärte lange Periode der Sozialpartnerschaft. Erhöht sich jedoch der kapitalistische Konkurrenzkampf und brechen die Profite ein, verschieben sich damit auch gesamtgesellschaftlich die Grenzen für Reformen. Als Resultat waren und sind die Unternehmer nicht weniger bereit, „zu teilen“ und zu verhandeln. Die SPÖ stand vor der – theoretischen – Entscheidung, entweder mit der bisherigen Strategie und der Integration in den bürgerlichen Staat zu brechen, oder dramatisch nach rechts zu gehen. Auch wenn die bürgerlichen Führungen aller sozialdemokratischen Parteien sich hier eindeutig positionierten, gab es innerhalb vieler Parteien große Unzufriedenheit und teilweise auch erbitterten Widerstand gegen die Entwicklung. Begleitet wurde der Rechtsruck der Sozialdemokratie(n) deshalb in einer Vielzahl von Ländern mit Ausschlüssen der unangenehmen Opposition in den eigenen Reihen durch die Parteispitze. So auch in Österreich, als 1992 sechs AktivistInnen der Zeitung VORWÄRTS (aus der später die SLP entstand) aus der Sozialistischen Jugend ausgeschlossen wurden. Die rechte Politik der Führung und der letztlich erfolglose Widerstand der Linken in der Sozialdemokratie führte zu einer qualitativen Veränderung in der Zusammensetzung dieser Parteien: Sie verbürgerten. ArbeiterInnen, Frauen und Jugendlichen wandten sich in Massen von ihren traditionellen Organisationen ab, übrig blieben schließlich teilweise völlig überaltete, einflusslose Sektionen und zu Serviceorganisationen umfunktionierte Vorfeldstrukturen. Dem Rechenschaftsbericht für 2001 auf der SPÖ Homepage ist zu entnehmen, dass rund 94,5 Mio Schilling an Mitgliedsbeiträgen eingenommen wurden. Rechnen wir nun mit dem offiziellen Beitrag von 5,- pro Monat, dann ergibt das gerade einmal knappe 160.000 zahlende Mitglieder, die der SPÖ noch geblieben sind! Geht man von den offiziellen Mitgliedzahlen der 70er Jahre aus (700.000 Mitglieder), bedeu-



Gusenbauer vor der SPÖ-Ahnengalerie. Was blieb von der einstigen ArbeiterInnenpartei?

tet das, dass die SPÖ vor allem unter Vranitzky, Klima und Gusenbauer rund 80 Prozent ihrer Basis verloren hat.

DIE GEWERKSCHAFTEN IN GEISELHAFT DER SPÖ

In den 80er Jahren war die enge Verbindung zwischen SPÖ und Gewerkschaften noch ein Faustpfand in der Hand der SPÖ gegenüber FPÖ und ÖVP. Auch Vranitzky und Co. brauchten die Gewerkschaften noch eine zeitlang, um die ArbeiterInnen bei ihrem Sozialabbau ruhig zu stellen. Ohne diese Kontrolle wäre z.B. die Zerschlagung und Privatisierung der ehemaligen Verstaatlichten nicht ohne Kampf umzusetzen gewesen. Mit der Argumentation, dass durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie die Angriffe zumindest ein wenig „abgedeckt“ werden könnten, ließen sich die Gewerkschaften unentwegt vor den Karren der SPÖ spannen. Doch unter der Oberfläche kam es zu einer Auseinanderentwicklung von Partei und Gewerkschaft, die heute immer deutlicher sichtbar wird. Auf der einen Seite existiert eine SPÖ, die über keine tiefgehende Verankerung mehr in der ArbeiterInnenklasse verfügt und neolibera-

le Politik betreibt. Auf der anderen Seite ein ÖGB dessen Existenzberechtigung als Interessensvertretung durch die neoliberale Politik real in Frage gestellt wird. Überall in Europa sehen sich selbst die angepassten Gewerkschaftsführungen deshalb auch gezwungen, immer stärker in Opposition zur Sozialdemokratie zu gehen – will man nicht als Gewerkschaft völlig untergehen. Besonders deutlich wird das dort, wo die Sozialdemokratie heute an der Macht ist. In Berlin trat z.B. die SPD-PDS (ex-Stalinisten) geführte Stadtregierung aus den Tarifvertragsverhandlungen (=Kollektivvertrag) für die öffentlichen Beschäftigten aus und beging damit „Tarifflucht“ – ein Modell welches die CDU/CSU geführten Bundesländer jetzt übernehmen wollen. Auch in Wien drückt sich die SPÖ Regierung um den Kollektivvertrag für Bedienstete im Sozialbereich herum. Die Gewerkschaften dürfen zwar noch die Parteikassen füllen, aber mitreden und mitbestimmen über den politischen Kurs dürfen sie schon lange nicht mehr! Doch während die SPÖ zunehmend ihre Verbindungen zur Gewerkschaft kappt, versuchen Verzetsnitsch, Haberzettl und Co. die Gewerkschaften weiterhin sklavisch in der „tödlichen“ Umarmung zu halten. Streikabbruch

und faule Kompromisse sind die logische Folge einer Gewerkschaftsstrategie, die auch die Interessen einer neoliberalen SPÖ-Führung berücksichtigen will. Die FSG ist neben denen, die sich zu keiner Fraktion bekennen, die größte Gruppe innerhalb des ÖGB. In vielen Bereichen, vor allem der ehemaligen Verstaatlichten, wird eine Gewerkschaftsmitgliedschaft mit der Mitgliedschaft bei der FSG gleichgesetzt. Die Oppositionsfaktionen UG-AUGE (von den Grünen) und der GLB (von der KPÖ dominiert) stellen in diesen Bereichen oftmals keine wirkliche politische Alternative dar. Das macht es der FSG-Führung leichter, die Rolle einer „Einheitsgewerkschafts-Fraktion“ zu spielen und die anderen mit einer „Teile und Herrsche“-Politik einzubinden und damit zu neutralisieren. Dort, wo jedoch selbst die FSG in der Opposition ist (wie zum Beispiel im Öffentlichen Dienst – GÖD), zeigt sich auch ihre tatsächliche politische Schwäche, Widerstand zu leisten. Viele KollegInnen der FSG stehen selbst vor Ort in ihren Betrieben der Politik der eigenen Führung mit immer weniger Verständnis gegenüber. Ihre tägliche Arbeit für und mit den KollegInnen in den Betrieben wird zunehmend durch Äußerungen und Beschlüsse der FSG Führung torpediert. Die SPÖ- und Gewerkschaftsspitze hat keine Alternative zur Kürzungspolitik zu bieten. Aus diesem Grund hat die SLP mit anderen die „Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften“ gegründet. Dabei handelt es sich um eine fraktionsübergreifende Initiative zur Vernetzung und zum Aufbau betrieblicher Gegenwehr, zu der wir auch alle kämpferischen FSG-Mitglieder einladen.

FÜR EINE NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Die rotblaue Koalition in Kärnten hat unter vielen SPÖ- und Gewerkschaftsmitgliedern zu Recht Empörung ausgelöst. Sie fühlen sich durch das Bündnis mit der radikalsten neoliberalen Partei (der FPÖ) vor den Kopf gestoßen. Während einzelne Proponenten aus dem Umfeld der SPÖ (wie Einem, Heller oder Knoll) via Medien ihrem Unmut Luft verschaffen konnten, hat niemand die Stimme für die ArbeitnehmerInnen erhoben. Doch sie sind am stärksten betroffen von einem Landeshauptmann, der ein Gewerkschaftsfeind ist und dessen Partei täglich gegen „Sozialschmarotzer“ und ausländische KollegInnen hetzt. Die Linken in SPÖ und FSG laufen Gefahr, bei den sicher kommenden weiteren Rechtswendungen nur kommentierend an der Seite zu stehen. Nur durch Presseaussendungen, wie z.B. von der Sozialistischen Jugend, kann maximal das eigene Gewissen beruhigt, aber keine Möglichkeit zur organisierten Gegenwehr geboten werden! Die Gründung einer Oppositionsplattform gegen die Parteiführung und ihre rechte Politik, an der sich alle in- und außerhalb von SPÖ und FSG beteiligen können, wäre zum Beispiel ein Schritt in diese Richtung. Wir schlagen dafür ein Programm vor, welches nicht wie in der Vergangenheit bei Reformen stecken bleibt. Wir glauben auch, dass die Parteiführung auf eine solche Oppositionsplattform mit massiver Repression und Ausschlüssen reagieren würde und sich deshalb auch die Frage nach organisatorischen Alternativen stellt. International gibt es bereits Beispiele für solche Initiativen wie etwa in Deutschland. Wir würden eine solche Initiative auch in Österreich begrüßen und aktiv unterstützen – vor allem wenn sie anerkennt, dass die ArbeitnehmerInnenklasse wieder eine echte politische Vertretung braucht. Wir sind der Meinung, dass ein solcher konsequenter Kampf sehr schnell die Frage nach einer neuen ArbeitnehmerInnenpartei aufwerfen würde.

TERMIN

14. und 21. Mai, Wien

DISKUSSION:
SPÖ - wie konnte das passieren?

14. Mai um 19³⁰, Bunte Kuh,
Wien 5, Zentagasse / Ecke Siebenbrunnengasse

DISKUSSION:
Die Logik des kleineren Übels: US-Präsidentenwahl und die Kampagne von Ralph Nader

21. Mai um 19³⁰, Bunte Kuh,
Wien 5, Zentagasse / Ecke Siebenbrunnengasse

Kärnten ist überall möglich

Auf dem Weg zur Macht geht die SPÖ-Spitze weit - manchmal bis nach Klagenfurt

Seit Franz Vranitzky hatte die SPÖ eine Koalition mit der FPÖ unter Jörg Haider ausgeschlossen. Diese Strategie schien zumindest bis 2000 als am besten geeignet, um den Machtbehalt der Sozialdemokratie zu sichern. Trotz Sozialabbau und ausländerfeindlicher Gesetze wurde die SPÖ lange von vielen Gewerkschaftsmitgliedern und Jugendlichen als kleineres Übel gewählt. 1999 zerbröselte die SPÖ/ÖVP-Regierung letztlich doch am breiten Unmut über die neoliberale Politik der großen Koalition. Auf der Suche nach dem Weg zurück zur Macht scheint die SPÖ-Führung inzwischen auch für ein Arrangement mit dem Rechtsextremismus bereit.

ANBANDELN MIT DEM RECHSTEXTREMISMUS:
KEIN AUSRÜTSCHER!

Noch bevor sich jetzt herausstellte, dass Parteichef Gusenbauer über die Koalitionsverhandlungen und deren Fortschritte laufend informiert war, wurde die historische Sonderrolle der Kärntner SPÖ als „Entschuldigung“ herausgestrichen. Natürlich stimmt es, dass besonders die Kärntner SPÖ immer schon am rechten Rand herumtümpte und dort diese Koalition am wenigsten überrascht. Doch auf allen Ebenen existiert diesbezüglich eine Traditionslinie, an welche die SPÖ heute gegebenfalls anknüpfen kann. Nach 1945 buhlte die SPÖ gemeinsam mit allen anderen Parteien um die Stimmen und Mitgliedschaft ehemaliger Nazis. Als sich der VDU, die Vorgängerpartei der FPÖ, gründete, wurde das von der SPÖ unterstützt und begrüßt. Taktischem Kalkül wurde der Vorrang gegenüber politischen Prinzipien gegeben. Schließlich glaubte man, mit einer weiteren Partei das bürgerliche Lager spalten zu können. Anfang/Mitte der 60er Jahre kam es zu einer weiteren Annäherung zwischen den beiden Parteien. Der damalige SP-Spitzenfunktionär und Gewerkschafter Franz Olah leitete 1.000.000,- Schilling aus der Gewerkschaftskassa zur FPÖ, um sie für eine kleine Koalition zu gewinnen. Einige Jahre später erkauft sich die SPÖ die wohlwollende Duldung ihrer Minderheitsregierung, der nebenbei 4 ehemalige NSDAP-Mitglieder



Gusenbauer und der SPÖ ist auch nichts zu blöd. Hier beim Villacher Fasching 2003.

angehörten, durch die FPÖ. Der Preis war eine Wahlrechtsreform, welche die FPÖ begünstigte und ihren Verbleib im Parlament stärker sicherte (nachzulesen im „Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus“ S 330ff). Der Höhepunkt dieser Integrationsstrategie gegenüber dem „3. Lager“ war schließlich die kleine Koalition mit den Freiheitlichen 1983-1986. Dass die damalige „liberale“ Führung der FPÖ immer lediglich ein Feigenblatt für die rechtsextreme Mehrheit in dieser Partei gewesen war, zeigte sich schließlich 1986, als Haider zum FPÖ-Obmann gewählt wurde. Umgekehrt gab es auch immer SPÖ-Spitzenfunktionäre, die wenig inhaltliche Trennschärfe gegenüber dem Rechtsextremismus aufwiesen. Stellvertretend sei hier nur an den ehemaligen Welser Bürgermeister Karl Bregartner erinnert, der sich seine Amtszeit hindurch weigerte, Symbole der Waffen-SS und andere „Braune Flecken“ in Wels zu entfernen. Der Kampf gegen „Bre“ gipfelte darin, dass ein Antifaschist und SLP-Mitglied von Bregartner sogar geklagt wurde, während die SPÖ jahrelang tatenlos seinem Treiben zusah.

DER AUFSTIEG DER FPÖ
ALS EIN TEIL DER GESCHICHTE DER SPÖ

Über dieses oft fragwürdige taktische Verhältnis

zum Rechtsextremismus hinaus, besteht ein weiterer – langfristiger – Zusammenhang zwischen der Entwicklung der SPÖ und der FPÖ, der bis heute fortwirkt. Jörg Haider gelang es, in das politische Vakuum zu stoßen, das der Verbürgerlichungsprozess der Sozialdemokratie hinterließ. Je zynischer und ungenierter die SPÖ den Sozialabbau vorantrieb, desto stärker konnte Haider mit seinem Rechtspopulismus punkten und tief in ehemalige Kernschichten der SPÖ und ArbeiterInnenschaft vordringen. Diese Entwicklung erreichte in der 2. Hälfte der 90er Jahre ihren Höhepunkt. Die Mehrheit der ArbeiterInnen und Angestellte wählte nicht mehr die SPÖ, sondern die FPÖ. Die konkreten Erfahrungen mit der FPÖ an der Regierung machten dieser Entwicklung zwar vorläufig ein jähes Ende. Nun ist es aber die SPÖ-Führung selbst, die diese rechtsextreme Partei wieder verstärkt ins Spiel bringt. Wenn heute ArbeiterInnen und Jugendliche – selbst wenn sie SPÖ wählen – keine Erwartungen mehr in die Sozialdemokratie setzen, haben sie damit völlig recht. Das offene Bündnis mit der Haider-FPÖ ist nicht nur ein fatales Zeichen. Es unterstreicht vor allem, dass die Sozialdemokratie inzwischen zu einer stinknormalen bürgerlichen Partei geworden ist, zu der eine sozialistische Alternative notwendig ist.

20 Jahre Liverpool Linke Oppositionsarbeite konkret

Das CWI (dem die SLP als österreichische Sektion angehört) kämpfte im internationalen Rahmen drei Jahrzehnte lang innerhalb vieler sozialdemokratischer Parteien gegen die bürgerlichen Führungen und für einen sozialistischen Kurswechsel. Damit gelang es uns über Jahre hinweg viele Jugendliche und ArbeiterInnen zu gewinnen. Als Konsequenz der Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Parteien zogen die Mitglieder des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) Anfang/Mitte der 90er Jahre den Schluss, eigenständige revolutionäre Parteien und Organisationen zu gründen. Heute besitzt das CWI 32 Sektionen auf allen Kontinenten.

VOR 20 JAHREN:
ROTES LIVERPOOL GEGEN THATCHER

Den größten Einfluss innerhalb der Sozialdemokratie erlangte unsere britische Schwesterorganisation die als marxistische Strömung „Militant“ (Kämpferisch) mit anderen Linken 1984 die Mehrheit in der Liverpoller Labourparty und damit auch im Stadtparlament erlangte. Zur selben Zeitpunkt begann die „eiserne Lady“ Margaret Thatcher, den britischen Sozialstaat und die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. In Liverpool wurde gezeigt, wie sozialdemokratische Mehrheiten von einer organisierten linken Opposition genutzt werden können. Gemeinsam mit den Beschäftigten, Jugendlichen und Bewohnern der Stadt, konnte in den folgenden Jahren bis 1987 dem neoliberalen

Kurs der Thatcher-Regierung, das Projekt eines „roten Liverpools“ entgegengestellt werden. Zu dessen Leistungen zählten: Einführung der 35h-Woche bei vollem Lohn, der Beschluss der vorigen Regierung, 2.000 Jobs zu streichen, wurde zurückgenommen, 5.000 neue Sozialwohnungen gebaut (damit mehr als alle anderen Kommunen Englands zusammen!), 12.000 neue Arbeitsplätze in der Baubranche durch öffentliche Bauaufträge geschaffen und eine Erhöhung des Mindestlohns für städtische Beschäftigte erhöht, um nur die markantesten zu nennen. Auch als Thatcher den Geldhahn völlig zudrehte und gleichzeitig den gesamten Stadtrat vor Gericht zerrte, gaben die LiverpollerInnen nicht auf: In mehreren Generalstreiks kämpften Stadtregierung und die ArbeiterInnenklasse gemeinsam. Das rote Liverpool scheiterte damals nicht an Thatcher, sondern an der Politik der Labour Party in Britanniens: Die damalige Parteiführung schloss sich der Hexenjagd der Thachterregierung und der Medien gegen die Liverpoller „Bolschewisten“ an und liquidierte gleichsam die gesamte Stadtorganisation. Gleichzeitig weigerten sich andere von Labour geführten Städte, dem Liverpoller Beispiel des konsequenten Widerstandes zu folgen.

GIBT ES EINE PERSPEKTIVE
FÜR LINKE IN SPÖ UND FSG?

Im Gegensatz zu den 80er Jahren halten wir es für ausgeschlossen, dass eine linke Kraft in der Sozialdemokratie in irgend einem Land ein ähn-

liches Projekt aufziehen könnte und drei Jahre lang einer neoliberalen Regierung die Stirn bieten würde. Weder in der Labour Party, noch in der SPD oder der SPÖ gibt es heute die Basis, auf die sich ein solcher konkreter Widerstand stützen und auch gegen die Repression der Parteiführung verteidigt werden könnte. Doch nicht alle Linken in der SPÖ haben den Schritt des Großteils der „alten“ Parteimitgliedschaft nachvollzogen und sind ausgetreten. Einige Linke sind bis heute in der Sozialdemokratie verblieben in der Hoffnung, dass die SPÖ wie in den 70er Jahren in Zukunft wieder zum Brennpunkt gesellschaftlicher Kämpfe und Veränderungen nach „links“ wird. Eine Analyse der großen Ereignisse der letzten Jahre zeigt, dass sich diese Hoffnungen nicht bestätigt haben. Mit der blau-schwarzen Regierung hat seit 2000 eine Welle von Demonstrationen, Kämpfen und Streiks Österreich überzogen. Selbst eine der letzten linken Strömungen in der SPÖ – die Zeitung „Funke“ – muss allerdings feststellen: „Nur scheinen die Oppositionsparteien, allen voran die SPÖ, unwillig und unfähig, diesem Widerstand eine organisatorische Alternative zu bieten. Von Aufbruchsstimmung ist in der Sozialdemokratie nichts zu merken.“ Offen bleibt daher zum einen die Frage, mit welcher Perspektive Linke heute in der SPÖ arbeiten. Zum anderen wird die Frage eines gemeinsamen, organisierten Widerstandes aller (!) Linken gegen die neoliberale Politik SPÖ-Führung – vor allem dort, wo diese an der Macht ist – immer vordringlicher.

Am 1. Mai tritt das neue Asylgesetz in Kraft

1. Mai: Ein schwarzer Tag für Flüchtlinge!

Während auf der Welt überall Menschen den Festtag der internationalen ArbeiterInnenbewegung begehen, steht für MigrantInnen in Österreich eine Katastrophe ins Haus: Am 01.05.2004 tritt das neue Asylgesetz in Kraft.

Von Pia Abel,
SLP Wien Mitte

Ab 1. Mai wird es de facto unmöglich sein, in Österreich Asyl zu erhalten. Unter dem Deckmantel der "Verfahrensökonomie" wurde das Recht auf Asyl massiv beschnitten:

Zum einen wurden die sogenannten "Dublin-Staaten" (d.h. "sichere Drittstaaten") nun per Gesetz in einer Liste festgelegt. Zum anderen wurde die Verfahrensdauer auf Kosten der AsylwerberInnen gekürzt. Die Wahrscheinlichkeit, in Zukunft in einem Verfahren einen Negativbescheid zu erhalten, ist damit massiv gestiegen. Die aufschließende Wirkung der Berufung wurde in manchen Fällen einfach gestrichen: In Zukunft können daher sogar Menschen mit anerkanntem Asylgrund einfach abgeschoben werden.

Asyl?
SICHER NICHT BEI UNS!

In Zukunft wird ein Asylantrag mit großer Wahrscheinlichkeit als "unzulässig" zurückgewiesen. Während die Genfer Flüchtlingskonvention zumindest vorsieht, dass die Frage des "sicheren Drittstaates" für jeden Einzelfall individuell während des Verfahrens geklärt werden muss, sieht das neue Gesetz eine fixe Liste mit sicheren Drittstaaten vor. Am 01.05.2004 treten der EU gleichzeitig zehn neue Mitgliedstaaten bei - mit dem neuen Asylgesetz werden alle



Flüchtlinge in Traiskirchen: Viele werden abgewiesen

Grenzstaaten Österreichs zu sicheren Drittstaaten erklärt, und dass obwohl einige Länder (z.B. Italien und Slowakei) bis dato in einzelnen Verfahren als nicht sicher eingestuft wurden. AsylwerberInnen, die über dem Landweg kommen, haben ab diesem Zeitpunkt keine Chance mehr, Asyl zu bekommen. Das Verfahren wird sich dann in erster Linie auf die Frage des Einreisestaates konzentrieren - die Frage des Asylgrundes steht vollkommen im Hintergrund.

"VERFAHRENSÖKONOMIE" = KURZ UND RECHTLOS!

Das neue Asylgesetz sieht ein Neuerungsverbot vor, mit dem es unmöglich gemacht wird, neue Tatsachen in einem Berufungsverfahren vorzubringen. Von der Flucht und durch Gewalterfahrungen traumatisierte Menschen müssen sich während der sehr kurzen Dauer der Erstinstanz an alle Einzelheiten erinnern können! Eine solche psychologische Leistung wird absurder Weise dann besonders für diejenigen ein Problem, die am dringendsten den Asylstatus brauchen. Vor allem Frauen werden in Fällen sexueller Gewalt keine Zeit haben, Vertrauen zu entwickeln, über die Gewalterfahrungen sprechen zu können.

Die Abschaffung der aufschließenden Wirkung der Berufung in einigen Fällen ermöglicht zusätzlich die Abschiebung noch während des laufenden Verfahrens. Das Recht auf Asyl ist damit für viele Menschen vollends ausgehöhlt.

ASYLWERBERIN ODER "WIRTSCHAFTSFLÜCHTLING"?

Als Grund für die Novelle wird die effizientere Erfassung von "Wirtschaftsflüchtlingen" genannt. Schon die Genfer Flüchtlingskonvention macht die absurde Unterscheidung in zwei Kategorien von MigrantInnen: jene, die aus "politischer" Gründen emigrieren, und jene, die dies aus "wirtschaftlichen" Gründen tun. Der Hintergrund von Migration ist vollkommene Perspektivlosigkeit in den Herkunftsänder - die Gründe dafür sind zahlreich und lassen sich nicht stur in eine dieser beiden Kategorien einteilen. Die Beraubung der wirtschaftlichen Existenz, wie sie für viele Menschen aufgrund der ungerechten Weltordnung Dauerzustand ist, äußert sich täglich in schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Die Unterscheidung wirtschaftlich - politisch dient in Wirklichkeit nur dazu, Flüchtlinge zweiter Klasse zu schaffen, die

keine Chance haben, in der Festung Europa einen Platz zu finden.

ASYL OHNE INTEGRATION

In 20% der Fälle wurde bis dato das Recht auf Asyl gewährt - das bedeutet für die Betroffenen jedoch keine sehr rosige Perspektive. Es gibt so gut wie keine Starthilfe für die Betroffenen, der Arbeitsmarkt bleibt abgeschottet. Ohne gesellschaftliche Integration bleibt vielen AsylantInnen nur ein Leben von Sozialhilfe. Der ÖGB bleibt auch in dieser Frage bei seiner nationalistischen Politik, die die Chancen eines gemeinsamen Kampfes für Verbesserungen ignoriert.

1. MAI: TAG DES KAMPFES FÜR MIGRANTINNENRECHTE

SLP IN EIGENER SACHE

Abtreibungsgegner verlieren Prozess: Schluss mit dem Terror!

Seit 30 Jahren gilt in Österreich die Fristenlösung. In letzter Zeit kommt sie verstärkt unter Beschuss: einerseits von radikalen AbtreibungsgegnerInnen, die mit ihren Methoden Frauen terrorisieren, andererseits von Kirche, FPÖ und ÖVP.

Die Sozialistische LinksPartei (SLP) führt seit Jahren eine Kampagne für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Gemeinsam mit AktivistInnen und Interessierten wollen wir diskutieren: Wie steht es um das Frauenrecht auf Schwangerschaftsabbruch in Österreich? Welche Möglichkeiten haben Frauen wirklich? Was kann getan werden, um den Psychoterror der Anti-Abtreibungs-AktivistInnen zu stoppen?

PODIUMSDISKUSSION

mit Beate Wimmer-Puchinger

(Wiener Frauengesundheitssprecherin),
Claudia Sorger (Frauensprecherin der SLP)
und Sabine Beham (Leiterin der Lucina Klinik)

Donnerstag, 6. Mai 2004, 19⁰⁰ Uhr, Café Tachles,
Wien 2, Karmeliterplatz 1

(erreichbar mit Straßenbahn 21 bzw. N, 1 Station von U1/U4 Schwedenplatz)

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-Ortsgruppe Wien-Margareten

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord:

Jeden Freitag, 18.30 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP-Linz:

Jeden Freitag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SLP-Amstetten:

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig:
Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

Treffen bitte telefonisch unter 01/524 63 10 erfragen.

SWI in Salzburg

jd. Di. 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SWI-Amstetten:

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig:
Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für
Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für
ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld,
aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort „Abo“ nicht vergessen!

*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 10,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben.
PSK 8812.733

**Neues aus dem CWI****Veranstaltungsreihe mit Segun Sango**

Segun ist Gewerkschafter, Sozialist & Kämpfer gegen die Diktatur in Nigeria

Er ist Vorsitzender der National Conscience Party in Lagos, Generalsekretär des Democratic Socialist Movement und Vorstandsmitglied der Campaign for Democratic and Workers' Rights in Nigeria

Dienstag 25.5. in Wien
SLP & Vertrauenspersonen-ausschuss ÖBB Nordbahnstrasse laden ein:

16⁰⁰ Zur gewerkschaftlichen Situation in Nigeria
18³⁰ Die politische Situation in Nigeria: Wie sich Jugendliche und ArbeiterInnen wehren!
WO: Ehemalige Bundesbahndirektion Wien, Nordbahnstrasse 50 - Lehrsaal 1 im Erdgeschoss, 1020 Wien (Nähe Praterstern)

Mittwoch 26.5. 18³⁰ in Linz
Südwind Oberösterreich und SLP laden ein:

Die politische Situation in Nigeria: Wie sich Jugendliche und ArbeiterInnen wehren!
WO: KunstRaum – Goethestrasse 22, 4020 Linz (Nähe Blumau)

Do. 27.5., 17³⁰ in Salzburg
SLP und SWI laden ein:

Nigeria: Keine Demokratie nach der Diktatur, Kein Wohlstand durch Öl. Mit der Kampagne für demokratische und Arbeiterrechte in Nigeria (CDWRN)
WO: Arbeiterkammer Salzburg, Großer Saal, Erdgeschoß
<http://www.socialistnigeria.org/>

30 Jahre CWI

1974 wurde das Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale (CWI) als kleine Strömung gegründet. In den letzten 30 Jahren hat unsere Internationale viele wesentliche Kämpfe initiiert und geführt. Sie ist heute in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten, verfügt über Dutzende anerkannte Streik- und GewerkschaftsführerInnen, mehrere Abgeordnete und tausende aktive Mitglieder. Besonders unsere GenossInnen in der neokolonialen Welt stehen unter einem gewaltigen politischen und sozialen Druck. Die österreichische Sektion des CWI – die SLP – hat deshalb beschlossen – neben ihren regulären internationalen Mitgliedsbeiträgen - 1000 Euro für unsere internationale Arbeit zu sammeln. Damit wird vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika der weltweite sozialistische Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufgebaut.

<http://www.socialistworld.net/>

www.socialistworld.net

Irak - Der Krieg nach dem Krieg hat erst begonnen

Massenaufstände gegen die Besatzung

Von Franz Breier jun.



Demonstration in Falludscha: Die US-Militärs stehen auf der anderen Seite

Anfang April bombardierten US-Besatzungstruppen die Stadt Falluja. Aus Apache-Hubschraubern wurde auf Moscheen und Armenviertel gefeuert. BBC-News schätzt über 470 bis 600 tote ZivilistInnen. „Als die Amerikaner kamen, gab es hier ungefähr 50 Guerillakämpfer - am Ende dieser Woche waren es ein paar Tausend“, fasst ein Einwohner die Stimmung gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters zusammen. In Folge der Bombardierung und des Massenmordes in Falluja sind bedeutende Teile der „Irakischen Sicherheitskräfte“ desertiert und zu den Aufständischen übergegangen. Die Besatzungstruppen wurden aus der Stadt gedrängt. Die stärkste Militärmacht der Weltgeschichte hat in Folge einen zeitweiligen Waffenstillstand in Falluja akzeptieren müssen.

EINE ZWEITE FRONT

Der Aufschrei über die Attacken auf Falluja war im ganzen Land gewaltig. Es wird berichtet, dass auch in den schiitisch bewohnten Vierteln Bagdads viele Menschen Blut für das mehrheitlich sunnitische Falluja spendeten. Ebenso findet sich unter sunnitischen IrakerInnen Sympathie für den radikalen Schiiten-Führer al-Sadr. Neben dem militärischen Widerstand aus mehrheitlich sunnitisch be-

wohnten Gegenden, bricht nun eine zweite Front auf: die Bevölkerungsmehrheit der Schiiten, bisher noch relativ ruhig gehalten, kämpft ebenso offen gegen die Besatzung. Die britische Zeitung „The Guardian“ beschreibt die Anhänger al-Sadrs als „die Ärmsten der Armen“. Tatsächlich tritt al-Sadr mit radikalen Standpunkten an. Doch seine Stärke ergibt sich aus dem Widerstand Hunderttausender gegen die Besatzung sowie die katastrophale soziale Situation. Vieles ist durch Krieg und Besatzung schlimmer als selbst unter der Hussein-Diktatur: 50 % sind arbeitslos, 60 % haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Al-Sadr ist jedoch ein reaktionärer Fundamentalist. Er und ähnliche

Politiker wie er, werden früher oder später versuchen, entlang religiöser und ethnischer Linien zu spalten, um ihre Macht zu sichern.

NEUE STRATEGIE BUSHS?

Die Kriegstreiber sind nervös: Der britische Außenminister Straw gab kürzlich bekannt, dass er nie gedacht hätte, dass sich die Dinge derart entwickeln würden. Diese Entwicklungen zwingen die US-Regierung zu einer Neuorientierung ihrer Strategie. Die für Juni angekündigten „freien Wahlen“ werden relativ bedeutungslos bleiben. US-Kriegsminister Rumsfeld betont, dass ein „souveräner Irak“ auf in der Mehrzahl US-Truppen (dauerhaft etwa

100.000) gestützt werden soll. Angesichts wachsender Opposition zur Besatzung in den USA selbst könnte Bush gezwungen sein, vor den Wahlen im November einen scheinbaren oder Teil-Abzug durchzuführen – wahrscheinlich durch weitergehende Einbindung der UNO und multinationale NATO-Truppen. Doch auch die UNO hat unter den Irakis einen negativen Ruf. Sie hat mit den Sanktionen der 90er hunderttausende Tote zu verantworten.

PERSPEKTIVEN FÜR DEN WIDERSTAND

Selbst wenn die US- und britischen Truppen zu einem vollen Abzug gezwungen sein würden, wären nicht alle Pro-

bleme damit gelöst. Es könnten darüber hinaus ethnische und religiöse Spannungen aufbrechen und das Land auseinanderreissen; erst recht, wenn die soziale Misere fortbesteht. Jene Kräfte, die den Irak einen könnten, müssen die Führung des Befreiungskampfes übernehmen. Eine solche Einheit gegen den Imperialismus kann nicht von islamistischen Führern erreicht werden, sondern von ArbeiterInnen und der armen Bevölkerung. Für den Kampf gegen die Besatzung wäre die Entstehung ethnisch gemischter und demokratischer Milizen die beste Grundlage. Solche Milizen und darüber hinaus demokratische Komitees in allen Regionen müssten die Verwaltung des Landes übernehmen. Die gewaltigen (Öl-)Ressourcen könnten genutzt werden, um das Sozial-, Gesundheits-, Transport- und Bildungssystem wieder aufzubauen. Allen Privatisierungen muss mit Massenmobilisierungen entgegengewirkt werden. Entgegen den Bestrebungen der fundamentalistischer und reaktionärer Clan-Führer muss ein freier Irak allen Minoritäten volles Selbstbestimmungsrecht zugestehen. Ein wirklich freier Irak braucht keine Besatzung und auch keine Marionettenregierung – sondern Selbstbestimmung und Sozialismus. Der Abzug aller Besatzungstruppen ist eine Grundvoraussetzung für eine solche Entwicklung!

Nigeria - ein Land in der Krise

ArbeiterInnen im Kampf gegen korrupte Politik – SLP lädt zur Veranstaltungsreihe ein

Von Wolfgang Fischer,
SLP Wien-Mitte

Nach beinahe 5 Jahren „Demokratie“ haben sich die Lebensbedingungen für 120 Millionen Menschen in Nigeria drastisch verschlechtert. Nigerias Ölindustrie wird vom britisch-niederländischen Multi Shell und anderen Konzernen (ExxonMobil, Halliburton, Elf, ..., OMV) kontrolliert, mehr als 95% der Wertschöpfung fließen ins Ausland. Weitere unerschlossene Ölfelder im Golf von Guinea werden das militärische Engagement des Imperialismus in dieser Region verstärken – schon nächstes Jahr sollen 20% der US-Olimporte aus Afrika kommen.

CHAOS UND SOZIALES ELEND

Trotz Beendigung der über 3 Jahrzehnte währenden Militärdiktatur haben sich die Machtstrukturen kaum verändert. Politische Wahlen sind zu einer Farce verkommen. Die Methoden der herrschenden Parteien (AD, ANPP und PDP) reichen vom Ausschluss linker Parteien über Wahlma-

nipulation bis hin zu polizeistaatlicher Verfolgung und Ermordung oppositioneller AktivistInnen. Das jährliche Pro-Kopf Einkommen ist von 1.000 US-\$ in den 80er Jahren auf rund 250 US-\$ gefallen. Mehr als 70% der Bevölkerung leben in Armut, die durchschnittliche Lebenserwartung liegt unter 50 Jahren. Strukturanzapfungsprogramme von IWF und Weltbank haben seit 1986 Privatisierungen und Deregulierungen eingefordert und zum Verfall von öffentlicher Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungsressourcen geführt. Das wachsende soziale Elend hat auch die Spannungen zwischen ethnischen und religiösen Gruppen verstärkt. Die Einführung der Scharia (Islamisches Recht) im mehrheitlich islamischen Norden hat zu Pogromen mit hunderten Toten geführt.

MASSENPROTESTE UND GENERALSTREIK

Trotz der wirtschaftlichen Depression, der hohen Arbeitslosigkeit und einer horrenden Inflation hat die nigerianische ArbeiterInnenklasse

Segun Sango, Sozialist und Mitglied des DSM (Democratic Socialist Movement, Schwesterpartei der SLP in Nigeria) war in die Streiks und Massenprotesten der letzten Jahre involviert. Den Schlüssel für die kommende Periode sieht er im Aufbau kämpferischer Gewerkschaften im NLC (National Labour Congress), die auch Kristallisierungspunkt für eine neue ArbeiterInnenpartei sein können. (Termine siehe „Neues aus dem CWI“ - Spalte links)



Demonstrationen und Streiks gegen Obasanjos Preiserhöhungen

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

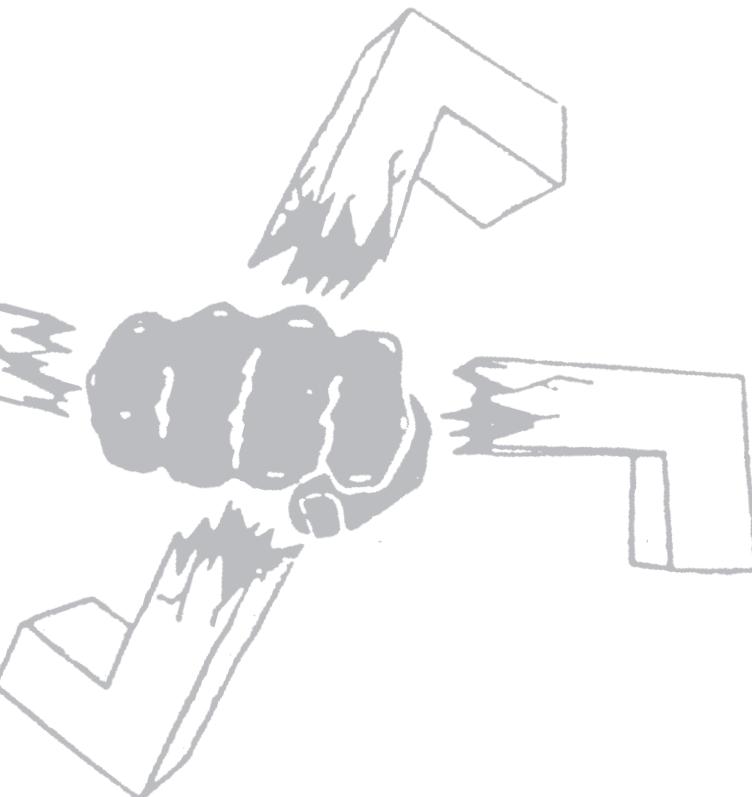
Preis: EUR 0,80

Nummer 137

Mai 2004

N A Z I S

erfolgreich vertreiben!



*Rechtsextreme treiben sich auf den Straßen und in der Politik herum.
Doch es gibt Beispiele für erfolgreiche Gegenwehr.*

Von Franz Breier jun.

Am 17.4. fand eine antifaschistische Demo in Braunau statt – rund 300 Jugendliche waren dabei. Der Anlaß: Jugendliche werden regelmäßig Opfer von rechtsextremen Übergriffen, teilweise mit schweren Verletzungen. Weiters ist Braunau rund um den 20.4. (Hitler-Geburtstag) ein Pilger-Ort für Nazis. Die Demo vermittelte klare Botschaften: Nicht "AusländerInnen" sind schuld an Armut und Arbeitslosigkeit, sondern Sozialabbau und Arbeitsplatzabbau durch kapitalistische "Sachzwänge". Die Rechtsextremen hingegen haben keine Lösungen - sie verbreiten Hass und Gewalt gegen jene Menschen, die selbst Opfer von Ausbeutung und Unterdrückung sind. Unser Demobündnis (im Wesentlichen: KJÖ, SLP, SWI, SJ, AL) setzte auch auf Sicherheit: so ging z.B. eine Frau aus Braunau mit ihrem Baby mit. Das zeigt, wie sinnvoll es ist, mit einem gut vorbereiteten Demoschutz aufzutreten. Wir verteilten Flugblätter an Passanten, um zu erklären, warum wir demonstrieren. Darin argumentierten wir gegen den Bürgermeister (SPÖ), der die Demo ablehnte. Wir meinen: Braunau braucht keine Nazi-Pilger und rechte Gewalt.

NAZIGEWEIT TÖTET



Erfolgreiche Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Braunau (OÖ) am 17. April 2004

Große muss im Tod bestehen! ... Unseres Volkes Jugend werde deinen Ahnen gleich!" Wie ernst solche Ansagen sein können, zeigen folgende Beispiele: Im August 2002 wurde eine Neonazi-Zelle namens "SS-Kampfgemeinschaft Prinz Eugen" in Wien ausgehoben. Man fand ein Waffenlager, NS-Propagandamaterial und sogar Sprengstoff. Ein Linzer Nazi, Stefan Topitz, verletzte sich bei einem Versuch, eine Bombe zu basteln. In der Traun-Au nahe Wels machten schon in den 90er Jung-Nazis "Wehrsportübungen". Bei einem Brandanschlag durch einen Neonazi in Wels verbrannte 1997 ein Arbeiter aus Mazedonien.

BFJ BEDROHT
UNSERE AKTIVISTINNEN

wir und versuchen, mehr Jugendliche davon zu überzeugen, mit uns gemeinsam aktiv zu werden. Schon 2003 haben wir den BFJ aus einer Antikriegs-Demo in Linz geworfen. Der BFJ hat Verbündungen in die Nazi-Schläger-Szene und mit Nazis in Deutschland. Seine "Zeitung" trieft vor Rassismus: Die Integration von "artfremde(n) Menschen" sei "naturwidrig". Am 20.3. gab es in Steyr eine Antifa-Demo, wo ein großes BFJ-Treffen ursprünglich stattfinden hätte sollen. Der BFJ wich mit ca. 100 Leuten nach Wels aus. Schuld daran, dass dieses Treffen stattfinden konnte, tragen die Behörden. Obwohl der zuständige "Sicherheitsdirektor" Dr. Lißl schon zu Mittag vom BFJ-Treffpunkt wusste, hat die Polizei nichts getan, um die Zusammenrottung zu verhindern oder aufzulösen. Nach dem 20.3. fühlte sich der BFJ besonders stark und bedrohte AntifaschistInnen in Wels sowie unsere Ortsgruppe in Linz. Zwei ih-

rer Aktivisten gaben sich als Linke aus, um an Informationen zu kommen (erfolglos). Die BFJler sprachen auch von "Todes-" und "Schwarzen Listen", die in Nazi-Kreisen existieren sollen und ob wir "davon wüssten?" - eine unmissverständliche Drohung. Wir lassen uns jedoch nicht einschütern.

TÄGLICHE ARBEIT VOR ORT

Der Kampf gegen Rechts ist nicht nur auf einzelne Demos beschränkt, sondern tagtägliche Arbeit: Wir sammeln Infos über die rechtsextreme Arbeit des BFJ und verbreiten sie. Auch müssen wir verhindern, dass Nazis ungestört Flugblätter verteilen und Kundgebungen abhalten können. Dazu gehört aber Vernetzung, Vorbereitung und Solidarität. In Gegenden, in denen es gefährlich sein könnte, sollte man nicht allein unterwegs sein. Kommt es zu Übergriffen, ist es wichtig, dass sich die Betroffenen zur Selbstvertei-

digung zusammenschließen. Das hat nichts mit "Bandenkrieg" zu tun, sondern mit gerechtfertigter Notwehr.

Je mehr man über die Nazis vor Ort weiß, desto direkter kann man diese ins gesellschaftliche Abseits drängen. Außerdem sind nicht alle "rechten" Jugendlichen voll ausgebildete und überzeugte "Nazi-Kader". Vielen kann durch konsequente antifaschistische Arbeit klargemacht werden, dass es keinen Sinn macht, bei einer rechtsextremen Organisation wie BFJ & Co. aktiv zu sein oder sich tiefer darin zu verstricken.

1. MAI - WIEN BLEIBT NAZI-FREI!

Für 1. Mai kündigten Nazis eine Demo in Wien an. Der Verantwortliche, Robert Falter, hat schon im April 2002 die Nazi-Demo gegen die Wehrmachtausstellung angemeldet. 80 Nazis standen über 5000 Gegen-DemonstrantInnen gegenüber. SLP und SWI beteiligen sich am Kampftag der ArbeiterInnenklasse aktiv an einem Bündnis, das dafür sorgen wird, dass auch der 1. Mai 2004 Nazi-frei bleibt.

TERMIN E

8. Mai, Wien

AKTIONEN GEGEN
BURSCHENSCHAFTER (siehe S.6)
Infos unter 01/524 63 10

9. Mai, Mauthausen (OÖ)

BEFREIUNGSFEIER IM EHEM. KZ
Infos & Anmeldung für Bus
ab Wien unter 01/524 63 10

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at